

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau befähigter bestimmter Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 Mk. — Durch die Post bezogen 1.80 Mk. ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72208, Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gelsalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachl., Stellenangebote 10gels. Kolonelle 25 Pfg., Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg., Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. auswärts: die 10gels. Kolonelle 40 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Internationale gegen Kriegsgefahr

Otto Braun fordert in einem Brief an Dr. Brüning schnelle Beschaffung von Arbeit
Blutige Kämpfe zwischen Arbeitslosen und Polizei in Waltershausen — Beschäftigtensteuer in Höhe von 1 1/2 Prozent für alle Einkommen über 3600 Mark — Dollfuß bildet das neue österreichische Kabinett

Kampf den japanischen Imperialisten

Die Forderungen der SAJ

SPD Zürich, 20. Mai.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beriet am Freitag ihre Beratungen. In der Sitzung nahm auch Breitscheid teil. Nach sehr eingehender Debatte, in der Breitscheid die deutsche Delegation das Wort ergab, wurde eine Entschliessung über die Lage im Fernen Osten und die Kriegsgefahr an den Grenzen der Sowjetunion gefasst. In der es heißt:

Die Internationale stellt fest, daß die Nachlässigkeit und die Mitschuld einer Anzahl von Großmächten, Japan die Möglichkeit geboten habe, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die es durch seinen Beitritt zum Völkerbundpakt auf sich genommen hat. Die SAJ fordert alle ihr angeschlossenen Parteien auf, auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben, damit die von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen, einen Anreiz zur Achtung des Friedens zu zwingen, nicht länger mißachtet werden. Die SAJ ist sich der Schwäche und der Mitschuld des größten Teiles der in Genf vertretenen Regierungen bewußt und richtet daher an die organisierte Arbeiterklasse selbst die Aufforderung, zu handeln. Ein Krieg Japans gegen die Sowjetunion fordert notwendigerweise Gegenrevolution nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt. Ein Angriff Japans auf Rußland kann einen Weltkrieg heraufbeschwören. Die Arbeiter fordern:

1. Die sofortige und bedingungslose Räumung Schanghais und der Mandchurie durch die japanischen Streitkräfte;
2. falls Japan dies verweigern sollte, die Abberufung aller Gesandten und Botschafter aus Japan;
3. wenn nötig, die Anwendung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, falls Japan nicht bereit ist, zu tun, was im Interesse des Weltfriedens gesehen muß.

Wenn Japan trotzdem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die SAJ an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, dem Transport von Kriegsmaterial und von Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren.

Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären. Sie werden jedem Uebergreifen des Krieges auf andere Länder entgegenzutreten; ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen. Falls Sowjetrußland gezwungen sein sollte, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, rechnet die SAJ darauf, daß alle ihr angeschlossenen Parteien, die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten, sich demnächst nach den in der Berner Resolution gegebenen Richtlinien verhalten und sich jeden separatistischen und autarkistischen Handlungen widersetzen, die zur Wahrung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den japanischen Angriff führen müßten.

Die SAJ stellt überdies fest, daß die Verteidigung der Sowjetunion um so besser gesichert sein wird, je mehr die Politik der Regierung der Sowjetunion allen sozialistischen Kräften des Landes die aktiv teilzunehmen an der Verteidigung der russischen Revolution, es ermöglicht wird.

Die Exekutive behandelte auf Grund von Berichten, die Silberding und Longuet erstatteten, dann noch die Probleme der internationalen politischen Situation, der Weltwirtschaftskrise und der Lage in Deutschland und Frankreich. Eine einstimmig beschlossene Resolution über die Lage in Danzig rufft die Arbeiterklasse aller Länder zum Protest gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse in Danzig wie in Polen auf, die mit den Freiheitsrechten der Arbeiter zugleich den Weltfrieden bedroht.

Das Problem der Donaufaaten

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nahm am Freitag noch eine Entschliessung über das Problem der Donaufaaten an. In dieser Entschliessung wird erklärt:

Die SAJ begrüßt jeden Versuch, die protektionistischen Hindernisse des internationalen Warenaustausches abzubauen. Aber ein System der Vorzugszölle zwischen den Staaten des Donaubensens

würde nur dann einen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten, wenn

- a) sichergestellt würde, daß die Vorzugszölle zwischen diesen Staaten wesentlich niedriger wären als gegenwärtig im Verkehr zwischen diesen,
- b) wenn die Einführung des Systems der Vorzugszölle keinesfalls zum Vorwand genommen würde, die Zollbarrieren gegenüber den außerhalb des Donaubensens gelegenen Staaten zu erhöhen, und
- c) wenn besonders die engeren wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Staaten des Donaubensens ihre Erhaltung und in Maßnahmen, die die handelspolitische Situation mit benachteiligten Ländern erleichtern sollen, welche sowohl an dem Export, als auch an dem Import der Staaten des Donaubensens einen großen Anteil haben.

Die Bemühungen um die engere wirtschaftliche Verbindung der Donaufaaten dürften jedoch in keinem Falle zum Vorwand irgendwelcher, machtpolitischer, imperialistischer Interessen dienenden Kompensationen oder politischen Abmachungen mißbraucht werden, weder für imperialistische Zwecke Frankreichs noch für imperialistische Zwecke Italiens und Deutschlands.

Das Sekretariat soll, sobald die internationalen Verhandlungen über die Donaufaaten konkrete Gestalt annehmen, die daran interessierten sozialistischen Parteien zu einer Konferenz einladen, um ihre Zusammenarbeit im Kampfe um die Gestaltung dieser Pläne sicherzustellen.

Die Resolution protestiert ferner gegen jede internationale Kontrolle über die Finanzen einzelner Länder, die erfahrungsgemäß zum Druck auf die Löhne und auf die sozialen Einrichtungen dieser Länder mißbraucht werden.

Am den Arbeitslosenschutz

Protest der Gewerkschaften

Auf sozialpolitischem Gebiet gehen die Auseinandersetzungen wieder einmal um den Arbeitslosenschutz. Es handelt sich um nichts weniger als darum, welche Gestalt in Zukunft die Unterstützung der Erwerbslosen haben wird. Man rechnet in diesem Jahre mit einer durchschnittlichen Erwerbslosenziffer von 5,8 Millionen, nimmt also an, daß im Durchschnitt die Erwerbslosenzahl um 800 000 höher liegt als im letzten Etatsjahr. Bei einer solchen Entwicklung der Arbeitsmarktverhältnisse würde für die gesamten Zweige der Arbeitslosenhilfe ein Unterstützungsaufwand von etwa 3,5 Milliarden Mark notwendig sein. Die Auseinandersetzungen gehen nun darum, wie die Arbeitslosen Hilfe, in der erhebliche Finanzschwierigkeiten bestehen, janieren wird.

Das Reichskabinett hat sich in den letzten Tagen in verschiedenen Beratungen mit der Finanzierung des Arbeitslosenschutzes beschäftigt. Die Dinge sind an sich noch in der Schwebe. Immerhin steht fest, daß Einsparungen durch Verminderung der Leistungen erzielt werden sollen. Man denkt daran, in der Arbeitslosenversicherung die Unterstützungsdauer von zwanzig Wochen auf ein Vierteljahr herabzusetzen. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind in der Vergangenheit bereits im Durchschnitt um 35 Prozent abgebaut worden, obgleich auch die früheren Unterstützungssätze gewiß bescheiden genug waren. Ein neuer Leistungsabbau durch Verkürzung der Unterstützungsdauer würde die Unterstützungsempfänger aufs schwerste treffen und mühte weitere Härten und damit neue Erbitterung schaffen. Eine Verminderung

Beschäftigtensteuer in Höhe von 1 1/2 Proz.

Das Gerippe für die bevorstehende neue Notverordnung

Die Hilfsaktion für die Gemeinden

DNB Berlin, 21. Mai.

Das Reichskabinett hat sich, wie wir erfahren, in seiner gestrigen Sitzung, die bis weit nach Mitternacht dauerte, in der Hauptsache mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung befaßt. Inzwischen haben die zuständigen Ressorts auf Grund der vorgestrichen Vereinbarung der Reichsregierung die entsprechenden Vorlagen für die bevorstehende Notverordnung über Arbeitslosenhilfe, die Mitte der nächsten Woche voraussichtlich herauskommen wird, ausgearbeitet. Was nun die neue Steuernotverordnung betrifft, so sieht sie zur Finanzierung der Arbeitslosenhilfe folgende Maßnahmen vor:

1. wird eine Beschäftigtensteuer in Höhe von 1 1/2 Prozent eingeführt, die von allen in fester Beschäftigung stehenden Personen mit einem Einkommen von über 300 Mark monatlich, also auch von den Beamten, erhoben wird und nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums ein Gesamtaufkommen von 325 Millionen Mark haben dürfte;

2. die Verlängerung der Kräftesteuer vom Jahresstimm bis zum Ende des Etatsjahres 1932/33 wird in dem Vierteljahr eine Mehreinnahme von 45 Millionen Mark erbringen und

3. wird die Bürgersteuer, die ursprünglich nur bis zum 1. Juni erhoben werden durfte und die von den Gemeinden nur noch in diesem Jahre beanprucht werden kann, eine Mehreinnahme von annähernd 250 Millionen Mark ergeben, die natürlich den Gemeinden restlos zuzuführen werden.

Die Kräftesteuer stellt insofern eine neue Einnahmequelle dar, als sie ursprünglich nur bis zum Ende dieses Jahres vorgesehen war und nun bis zum Ende des Etatsjahres 1932/33 eingeleitet ist. Das ergibt eine Mehreinnahme von rund 45 Millionen Mark. Wesentlich ist, daß die neue Beschäftigtensteuer nur von Jahreseinkommen über 3600 Mark erhoben werden soll, weil bis zu dieser Grenze die Arbeitslosenversicherung prozentual durchgestaffelt ist, ab 3600 Mark aber nicht mehr steigt. Schließlich soll die Bürger-

steuer, die ursprünglich nur bis zum 1. Juni erhoben werden durfte, in diesem Jahr nochmals von den Gemeinden beansprucht werden können. Die nochmalige Erhebung der Bürgersteuer bedeutet angeblich eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark.

Die Finanzhilfe für die Gemeinden, die das Reich leistete, betrug bisher rund 530 Millionen. Davon waren 230 Millionen Zuschüsse für besonders notleidende Gemeinden und 300 Millionen Ausgleichsmittel für die Erwerbslosenfürsorge. Jetzt sollen die Gemeinden hierfür 400 Millionen in Vierteljahresraten von 100 Millionen (bisher 75) erhalten und die 230 Millionen Mark sollen auf rund 300 Millionen erhöht werden, so daß die Gemeinden jetzt 700 Millionen bekämen. Diesem Mehr von 170 Millionen werden allerdings neue Belastungen gegenüberstehen. Diese ergeben sich aus der Neuordnung der Arbeitslosenunterstützung.

Der Gesamtbetrag, der von der Arbeitslosenfürsorge bis zur Wohlfahrtsfürsorge erforderlich ist, beläuft sich auf 3,018 Milliarden Mark. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung bleibt aufrecht erhalten. Die Bedürftigkeitsprüfung wird nicht erweitert. Sie bleibt wie bisher bestehen, wenn es sich um Ehefrauen oder Jugendlöhne bis 21 Jahren handelt. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die bei der Aufstellung ihres Haushalts davon ausgeht, daß die Arbeitslosigkeit vielleicht durchschnittlich etwas höher wird als im Vorjahr, muß, da ihr Haushalt unabhängig vom Reichshaushalt ist, ebenfalls einen Ausgleich suchen.

Arbeitsbeschaffung im Reichskabinett

SPD Berlin, 21. Mai.

Das Reichskabinett besprach am Freitag in einer um 9 Uhr abends beginnenden und bis spät nachts dauernden Sitzung u. a. das in Aussicht genommene Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Angehts der sachlichen Schwierigkeiten der Materie dürften die Beratungen des Kabinetts noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Mit der Bekanntgabe der in Aussicht genommenen Notverordnung ist, wie gemeldet, frühestens Ende nächster Woche zu rechnen. Bis dahin dürfte der Reichspräsident von Neudack nach Berlin zurückgekehrt sein.